

W-2

| | | |
|-------------------------------------|--|------------------------------------|
| Titel | Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune | |
| Antragsteller*innen | Jusos Niederbayern | |
| Adressat*innen | Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |

Es ist Zeit für Umverteilung – Um-fair-teilen in der Kommune

- 1 Zur Stärkung der Finanzkraft unserer Kommunen fordern wir:
- 2 • Kommunen soll es zustehen, freiwillige Leistungen zu bewilligen, auch wenn es
- 3 die Kassenlage der Stadt oder der Marktgemeinde nicht zulässt. Möglich wäre hier das Errichten eines Fonds
- 4 auf Bundesebene oder auf Landesebene, bei der vergleichsweise finanzschwache Kommunen bis zu 15% ihrer
- 5 erweiterten Gewerbesteuer zur Verwendung für freiwillige Leistungen ausbezahlt bekommen. Finanziert werden
- 6 können die Fonds entweder über die Vermögenssteuer (Bundesfonds) oder einer gerechten Erbschafts-
- 7 steuer (Landesfonds). Zudem muss der Begriff der freiwilligen Leistung abgeschafft werden und durch „solida-
- 8 rische kommunale Leistung“ ersetzt werden.
- 9 Außerdem muss bei dieser Gelegenheit dem geltenden Beschluss der Jusos-Bayern Nachdruck verleihen werden:
- 10
- 11 • Die Gewerbesteuer muss dringend erweitert werden „eine Verbreiterung der Einnahmehasis der Kommunen“
- 12 zur Folge haben. Die Jusos Bayern fordern zu Recht die Ausweitung der Gewerbesteuer um die so genannten
- 13 „Katalogberufe“ (§18 EStG) worunter unter anderem Rechtsanwäl*innen, niedergelassene Ärzt*innen
- 14 und approbierte Psychotherapeut*innen und Zahnmediziner*innen, Notar*innen und Wirtschaftsprü-
- 15 fer*innen zählen.
- 16 Zur Entlastung aller Bürger*innen mit betreuungsbedürftigen Kindern fordern wir die SPD-Landtagsfraktion
- 17 auf einen Antrag zur Kostenfreiheit bei Krippen- und Kindertagesstättenplätzen in den bayerischen Landtag
- 18 einzubringen.
- 19 Bei der Thematik des sozialen Wohnungsbaus wurde in den vergangenen Jahren erheblicher Raubbau be-
- 20 gangen, was sich direkt auf die Bürger*innen auswirkt. Aus diesem Grund muss dringend dem Beschluss der
- 21 Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei dem der deutliche Ausbau des kommunalen und
- 22 genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Darüber hinaus fordern wir:
- 23 • Einen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, der sich am tatsächlichen örtlichen Bedarf orientiert
- 24
- 25 • Entsprechende Fördermöglichkeiten (z.B. über die KfW)
- 26 • Einen bayerischen Fonds zur Förderung kommunalem undgenossenschaftlichen Wohnungsbau
- 27 • Einen im Ministerium zuständigen Beauftragten der Staatsregierung für dieBedarfsberechnung und
- 28 Umsetzungskontrolle des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus.Die Kreisumlage
- 29 und die Bezirksumlage sind Umverteilungsmechanismen kommunaler Finanzen. Da diese beiden Um-
- 30 lagen auch von den Konservativen anerkannt sind, gelten diese weder als sozialistisches Teufelszeug,

31 noch stehen diese beiden Umlagen im Verdacht, den reichen Kommunen etwas nehmen zu wollen. Al-
32 lerdings bleiben bei diesem Finanzierungsmodell die finanzschwächeren ländlichen Regionen in Bayern
33 wie Rottal-Inn oder Freyung-Grafenau weiterhin, im Gegensatz zu den finanzkräftigeren Landkreisen in
34 den Metropolregionen wie München und Nürnberg, zu abhängig von den Schlüsselzuweisungen des
35 Freistaates Bayern. Da die Schlüsselzuweisungen lediglich die Defizite ausgleichen, nicht aber echte
36 Gleichheit gegenüber reicheren Landkreisen zur Folge haben, bleibt das Ungleichgewicht bei der fi-
37 nanziellen Entwicklung in den Kommunen nach wie vor bestehen. Bei dieser Gelegenheit muss zudem
38 auf die Bezirksumlage eingegangen werden. Wie der Bezirk Oberbayern richtigerweise anmerkt, han-
39 delt es sich hier wahrlich um eine offensichtliche Problematik: „Die Entwicklung der Umlagekraftzah-
40 len und des ungedeckten Bedarfs (= Bezirksumlage) zeigt das Dilemma eines rein umlagefinanzierten
41 Haushaltes auf. Die Bezirksumlage, die zu über 90 Prozent Sozialhilfeleistungen zu finanzieren hat, ist
42 seit 1974 weitaus stärker gestiegen als die Umlagekraft“. Aus sozialistischer Sicht kann nicht das Vor-
43 handensein kommunaler Finanzmittel über die Gewährleistung von Sozialhilfeleistungen entscheiden.
44 Sozialhilfeleistungen müssen vielmehr aus der Gesamtheit der Steuerzahler*innen, also auch den Ein-
45 nahmen aus Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuer, finanziert werden. Es ist unsolidarisch,
46 wenn sich das Spektrum des Finanzkapitals nicht oder nur untergeordnet an den Sozialhilfeleistun-
47 gen der bayerischen Regierungsbezirke beteiligt. Besonders betroffen sind bayerische Regionen, die
48 durch den Wegzug junger Menschen bereits in ihrer Zukunftsfähigkeit gefährdet sind. Durch die fehlen-
49 den Investitionen verstärkt sich das Problem der alternden Bevölkerungsstruktur. Daher bedarf es der
50 Etablierung zusätzlicher Finanzzuweisungsmechanismen, beispielsweise eines Fonds zur Finanzierung
51 freiwilliger Leistungen über das erweiterte Gewerbesteuerniveau hinaus, um der Divergenz der Land-
52 kreise entgegen zu treten. Ohne ein entsprechendes Gegensteuern ist ein weiteres Auseinanderdriften
53 der Landkreise und kreisfreien Städte zu erwarten, da finanzstarke Kreise mittels freiwilliger Leistungen
54 Arbeitskräfte wie Arbeitgeber*innen anlocken und damit Abwanderungen aus den finanzschwäche-
55 ren Kreisen begünstigen. Der sich dadurch verstärkende Effekt der Gewerbesteuerpolarisierung tut
56 sein Übriges, um letztlich das Gefälle zwischen Stadt (einschließlich Metropolregion) und ländlichem
57 Raum unumkehrbar werden zu lassen. Die Gewerbesteuer ist eine auf den Ertrag von Gewerbetrei-
58 benden erhobene kommunale Steuer. In der Vergangenheit machten einerseits die Liberalen als auch
59 Finanzminister Wolfgang Schäuble von sich reden, diese für die Kommunen so wichtige Einnahmequel-
60 le abzuschaffen. Die Forderung der Jusos soll die Gewerbesteuereinnahmen deutlich ausweiten, was
61 besonders kleineren Gemeinden und mittleren Städten besonders zugutekommen dürfte. Außerdem
62 sind Kommunen besonders bei Energiekonzernen in der Gefahr, eine beachtliche Gewerbesteuerrück-
63 erstattung zu tätigen, mit einer Verzinsung von für die heutige Zeit horrenden sechs Prozent. Wer diese
64 Möglichkeit der „sicheren“ Rendite für solvente Unternehmen nicht zumindest auf den zweiten Blick er-
65 kennt, kann sich gleich von den Konzernen einlullen lassen. Auf der anderen Seite würden besonders
66 die wohlhabenderen Kommunen auf eine erhebliche Einnahmequelle verzichten und auf einen vermut-
67 lich schlechter gefüllten Umlagetopf zurückgreifen müssen. Reiche Kommunen enteignen, klingt gut?
68 Mitnichten! Besonders die über Jahrzehnte etablierten freiwilligen Leistungen der Kommunen, wie das
69 Kulturzentrum, das Freizeitgelände, das Schwimmbad, die städtische Musikschule, die kostenlose Be-
70 treuung in Kindertagesstätten, würden durch diese Maßnahme zu Nichte gemacht. Das Gewähren von
71 freiwilligen Leistungen der Kommune ist bereits eine Umverteilung im engsten Sinne. Öffentliche Gü-
72 ter werden allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung gestellt, der Zugang zu Kultur und Bildung
73 niedrigschwelliger gestaltet und die persönliche monetäre Potenz eines jeden Menschen tritt in die
74 Nachrangigkeit.

75 Damit nicht weiterhin reichere und ärmere Kommunen in direkter Konkurrenz stehen, fordern wir die Einfüh-
76 rung von solidarischen kommunalen Leistungen.

77 Die Schuldenbremse ist ein gesetzlich verankerter Mechanismus, der abzulehnen ist. Aus sozialistischer Sicht
78 bedarf es aber auf jeden Fall noch zwei weiterer großer Schritte, damit ernsthaft von einer Umverteilung in
79 den Kommunen gesprochen werden kann.

80 Als der wahrscheinlich am gewichtigsten wirkenden Umverteilungsmechanismus der Kommunen, gemessen
81 an der Wirkung auf den jeweils betroffenen Menschen, darf der soziale Wohnungsbau bezeichnet werden. Aus
82 diesem Grund muss dringend dem Beschluss der Jusos Bayern aus dem Jahr 2012 Folge getragen werden, bei
83 dem der deutliche Ausbau des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus gefordert wurde. Die
84 Forderung, die dringend einer Anwendung bedarf, kann in zwei Schwerpunkte unterteilt werden:

85 • Höhere Zuschüsse (Bsp.KfWMittel) für gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen, Genossenschaften und
86 Kommunen, sodass diese die notwendigen Sanierungsarbeiten auch durchführen können, ohne dass die vor-
87 handene Mieter*innen verdrängt werden.

88 • Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort zum Thema Fördermög-
89 lichkeiten im kommunalen bzw. gemeinnützigen Wohnbausektor. Menschen, welchen der nach kapitalisti-
90 schen Regeln gestaltete freie Wohnungsmarkt, wegen der zu geringen Kapitalausstattung nicht mehr als
91 Nachfrager*innen zur Verfügung stehen, wird durch geförderten Wohnungsbau eine Chancengerechtigkeit
92 gewährt. Durch die Umverteilung mittels sozialem bzw. gefördertem Wohnungsbau soll Menschen in Bayern
93 zukünftig ermöglicht werden, dass sie sich aus freien Stücken für das Leben auf dem Land oder in der Stadt
94 entscheiden können.

95 Dies führt zwei positive Effekte mit sich: Auf der einen Seite wird dem kapitalistischen Wohnungsmarkt die
96 Fessel angelegt, da sie nun nicht mehr die Situation von Menschen in prekären Lebenslagen ausnutzen und
97 die zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen an sich reißen kann und andererseits den Menschen nicht mehr
98 das Gefühl gegeben wird, dass sie durch das Gewähren von Wohngeld ein „Sozialfall“ sind. Geförderter Wohn-
99 raum darf niemals zum Spielball zwischen Bedürftigen werden, wie dies aktuell teilweise von konservativen
100 und nationalen politischen Kräften gehandhabt wird. Sozialer bzw. geförderter Wohnraum trägt dann zur Um-
101 verteilung bei, wenn neben der Alleinerziehenden, Mindestrentner*innen, Sozialarbeitsstudent*innen oder
102 Maschinenbaustudent*innen sowie anerkannte Asylsuchende aus Syrien Platz in einer Wohnung finden kön-
103 nen.